

## Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Heute, zur letzten Demo vor den Osterfeiertagen, haben sich die Redner natürlich auf den Schwerpunkt Wahlkampf konzentriert und auf den Stand, den das Bündnis für Gerechtigkeit erreicht hat. Vorab sind hier am Sprecherstand noch einige Exemplare des Wahlprogramms vom Bündnis erhältlich, allerdings noch nicht in der in Vorbereitung befindlichen Druckversion. Ein Hinweis zum gut organisierten Ostermarkt am vergangenen Sonnabend: Dort war am Stand der CDU ein Flyer erhältlich, über den man nur den Kopf schütteln konnte. Was auf den ersten Blick wie Themendiebstahl aussieht, offenbart sich auf den zweiten Blick als einzigartige Lüge. Die Schlagzeile 1 „gerechte Beiträge und Gebühren durch strikte Anwendung des Vorteilsprinzips“ darf man ruhig als hinterhältig versteckten Einsatz für die Konzernfreunde deuten. Kein Hinweis darauf, dass es im Wesentlichen darum geht, die Bürger vor ungerechten Kostenverteilungen zu schützen!

Der andere heuchlerische Schwerpunkt geht in Richtung Ortschaftsräte: „erweitertes konstruktives Mitspracherecht der Ortschaftsräte“, heißt es dort.

Wer von Ihnen Riemer im Stadtrat erlebt hat, hat kaum noch Platz für Empörung. So einen gewissenlosen Menschen braucht weder WSF noch sonst irgendwer, Pfui Teufel, dass der sich nicht schämt, war eine zu hörende Meinung nach erster Auswertung des Stadtrates noch vorm Kloster. Wie er die Ortschaftsräte von Uichteritz runterputzte und sich auch allgemein gegen Ortschaftsräte ausgelassen hat, war schon von bemerkenswerter Kaltschnäuzigkeit. Es zeigt aber den wahren Charakter der Herrschaftsclique in der CDU Fraktion. Von solchen Menschen hat WSF nichts zu erwarten. An ein Wort eines Montagsdemonstranten sei erinnert: „Gott schütze unser Weißenfels vor solchen Stadträten oder gar vor so einem neuen Bürgermeister.“ Beschämenswert auch das Verhalten des Uichteritzer Ortsteilbürgermeisters. Er fiel seinen Leuten bei der Abstimmung zum Haushalt in den Rücken.

Dies droht auch den Stadträten, die sich einer Partei angeschlossen haben. "Parteidisziplin" (in Wahrheit Eigennutz/Eigeninteresse) wird diese Kandidaten aus den Ortschaften leider schnell ins Abseits bringen und sie zu Gegnern von freien Bürgervertretern machen.

Der letzte Stadtrat war wieder einmal geprägt von einer bedrückenden Situation. Die 40 Minuten dauernde Bürgerfragestunde wurde von den herrschenden Fraktionen (Allianz CDU/Linke) und ihrem Anhängsel von SPD/FDP stoisch ertragen. Man konnte richtig sehen, wie die vielen Fragen der Bürger auf verschlossene Ohren (und Herzen) stießen.

Unsere Ankündigung, im neuen Stadtrat die Vorgänge um die Abwasserstrafabgaben untersuchen zu lassen, führte zu verstohlenen Blicken untereinander und zu grimmigen Blicken in Richtung Zuschauerempore. Beim Strategen Rauner kreisten die Gedanken sicherlich um ein Szenario, in welchem mit bewährten Mitteln die Mitschuld an den Ereignissen verschleiert werden kann. Beispielsweise alle heiklen Diskussionen in den nicht öffentlichen Sitzungsteil des Stadtrates zu verlagern oder namentliche Abstimmungen zu unterbinden, um seine Kumpane in Richtung Vertuschung zu trimmen.

Genau an dieser Stelle ist der Wähler gefragt. Sollen solche miserablen Taschenspielertricks weiter die Geschicke von WSF bestimmen, oder nicht?

Wir werden immer wieder gefragt, warum trotz der vielen Bemühungen seitens Bürgerbewegungen und Wahlbündnisse sich bisher so wenig bis nichts in Richtung mehr Demokratie getan hat. Diesen Zeitgenossen stellen wir die Gegenfrage: Wie soll dies geschehen, wenn der alte Parteienfilz zu den Kommunalwahlen die Oberhand behält? Es ist die unheilvolle Allianz der grauen Eminenz Rauner mit einigen Konsorten, denen sich die übrigen Parteivertreter bis zur Selbstaufgabe untergeordnet haben. Selbst nicht nachdenken müssen, Sitzungsgeld kassieren, auf dieses Level haben sich offenbar viele dieser Mitläufer eingestellt. Wenn diese Leute nicht abgewählt werden, wird sich nichts ändern!

Gerade die immer mehr ans Licht der Öffentlichkeit gelangenden Details um die Prozesse zu den Abwasserstrafabgaben 2006 – 2011 offenbaren ein Szenario, nach dem Weißenfels noch viel weiter als Palermo/Sizilien liegen müsste. Alle gängigen Klischees, die sich mit solchen südlichen Regionen verbinden, können getrost auch für Weißenfels registriert werden. Da sind Paten im Hintergrund, das Besetzen von Positionen in Politik, die enge Verflechtung zur Wirtschaft und das Gesetz des Verschweigens. Natürlich alles angeblich nicht so schlimm, es hört sich besser an, wenn von Cliquenwirtschaft und Lobbyismus gesprochen wird. Für WSF gilt, dass bereits ein tiefer Sumpf trocken zu legen ist.

Auf Grund des BI Antrages zur Stellungnahmen der verantwortlichen Stadtratsparteien zur politischen Verantwortung um die verlorenen 10 Mill. €, gelangten Protokolle aus SR Sitzungen von 2011 an die Presse, die weitere Schlaglichter auf das sich im Verborgenen abgelaufene Geschehen werfen. Kurz und knapp, geht es darum, dass Gruppierungen um CDU/Linke (Rauner/Freiwald) und SPD (Hanke) im Jahr 2011 eine Entlastung der Geschäftsführung der Stadtwerke Weißenfels GmbH und deren Gesellschafter durchgesetzt haben. OBM Risch war zu diesem Zeitpunkt gegen diese Persilscheinerteilung (MZ v. 14. 06. 2011), wie er dies in dem Artikel großspurig angekündigt hat. Es verlief, wie so vieles, im Sande. Er hat sich, so die Spekulation aus Stadtratskreisen, möglicherweise kaufen lassen oder er will seine Zeit als Oberbürgermeister in Ruhe absitzen.

Das Problem einer solchen Entlastung bewirkt beim noch ausstehenden Zivilrechtsprozess gegen die Stadtwerke (einer von 3 Beklagten), möglicherweise eine erhebliche Schlechterstellung der Klägersseite (Stadt) und was noch bemerkenswerter ist, einen möglichen Ausschluss von Leistungen der Betriebshaftpflicht des Hauptbeschuldigten, der Stadtwerke Weißenfels. So eine Einschätzung von juristischer Seite. Man kann ein und dieselbe Person (auch juristische P.) nicht auf der einen Seite für schuldfrei erklären und auf der anderen Seite völlig unfähig zum Betrieb einer Kläranlage mit entsprechender Verantwortung belassen.

Was viele Bürger nun langsam zu ahnen beginnen und durch die neuen Details bestärkt wird, ist der Umstand, dass wir Weißenfeler auf dem Schuldenberg von 10 Mill. € sitzen bleiben. Weitere riesige Kosten durch den jetzt schon verlorenen und dem möglicherweise folgenden Prozess dienen nach unserer Überzeugung nur einem Zweck: Dem Reinwaschen der Drahtzieher und politisch Verantwortlichen. Wir werden Ihren hier geäußerten Wunsch nach weiterer Aufklärung gerne erfüllen, auch die aus ihren Reihen gekommenen Rufe nach dem Staatsanwalt werden geprüft. Denn auch wir sehen es deutlich, die geforderte Entschuldigung im Stadtrat am 15. 05. 2014 wird unterbleiben. Ein Vertagen auf den neuen Stadtrat, irgendwann im Juni/Juli, bringt nichts, das ist bei der mutmaßlichen Tiefe der Verstrickung der Parteien des alten Stadtrates allen klar geworden.

Auch wenn ein neuer Politikstil in den neuen Stadtrat einziehen sollte- wofür wir weiter kämpfen- wir können die jetzige Opposition nicht verstehen. Sie haben keine Mehrheit im Stadtrat, sie werden bei allen kritischen Fragen vollkommen ausgebootet und das mit allen möglichen Tricks. Es tut den Beobachtern schon leid, diesem unwürdigen Treiben im Weißenfeler Ratssaal zuschauen zu müssen. Leider haben es die Bürger für Weißenfels nach unserer Wahrnehmung versäumt, ihre Anhänger und die vielen Mitbürgern ausreichend auf die Missstände in WSF hinzuweisen.

Wir möchten Sie abschließend noch darüber informieren, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts zu den Abwasserstrafabgaben in den nächsten 1 -2 Tagen der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und der komplette Inhalt in den WSFer Seiten zu lesen

sein wird. (Auch die MZ wird informiert). Machen Sie sich bitte ihre eigenen Gedanken zu den Vorgängen in Sachen Kläranlage, eine Bananenrepublik ist nichts dagegen. Wenn wir Bürger jetzt zu Kasse gebeten werden, hat dies fast ausschließlich mit den katastrophalen Zuständen in der Amtszeit des OBM Rauner zu tun. Dass dieser Mann sich wieder zur Wahl stellt, ist eine Schande für WSF und seine Partei. Es ist wie in Italien, dort wollte der ehemalige MP Berlusconi nicht von der Politik loslassen, nur um Schandtaten zu vertuschen.

In diesem Sinn wünscht der Vorstand der BI allen Mitgliedern, Freunden und den Bürgern von WSF ein schönes und besinnliches Osterfest. Wir sehen uns wieder nach einer Feiertagspause, dann geht es mit neuem Schwung in den Wahlkampf.

Der Vorstand